

# Die Baugewerkschaft

Erscheint jeden Sonntag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne  
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband  
1,70 M.  
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.  
Anzeigenpreis: die viergespaltene Zeitzeile 40 Pf.

Organ  
des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.  
Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O, Nüidersdorfer Str. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.  
Postcheck-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung:  
Berlin O, Nüidersdorfer Straße 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an  
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluß der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 31.

Berlin, den 30. Juli 1911.

12. Jahrgang.

## Warnungszeichen.

Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter ist kein absolut freies. Auch enthält es nicht den geringsten Schutz der Organisierten, im Gegenteil: Es beschützt und stärkt nur die, die sich nicht organisieren wollen. Dazu eine ungünstige Rechtsprechung, die in der Auslegung der einschlägigen Paragraphen sich nicht von Tendenzen freizuhalten vermöchte. Trotzdem sind die Arbeiterorganisationen in Deutschland groß und stark geworden. Auch besteht über ihre Notwendigkeit gar kein Zweifel. Ihre wohltätige Wirkung auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist so offenkundiger Natur, daß ihnen die Anerkennung dafür nicht versagt werden kann.

Die Stärke der gewerkschaftlichen Organisationen und ihre Erfolge auch unter dem bestehenden zweifelhaften Koalitionsrecht haben ihre Feinde nicht schlafen lassen. Offen und verdeckt haben sie den Kampf gegen sie aufgenommen, wobei ihnen ihre wirtschaftliche Stärke und ihr gesellschaftlicher Einfluß besonders gute Dienste leisteten. Als erster und schärfster Kämpfer im Streit kommt der Zentralverband deutscher Industrieller in Betracht. Der in ihm verkörperte „Herr-im-Hause-Standpunkt“ nennt mit Grauen an die Möglichkeit, mit den Arbeitern an einem Tische zu sitzen und diese als gleichberechtigt anzuerkennen zu müssen. Herr Bued, der greise Führer genannten Verbandes, erblickt darin den Ruin der Industrie, und empfahl er bei seiner Amtsniederlegung im verflossenen Winter den offenen Verachtungskampf gegen die Gewerkschaften aufzunehmen.

Damit hatte Herr Bued den wirtschaftlichen Kampf, die Aussperrungsmachtprobe, im Auge. Auf den absoluten Erfolg einer solchen schwört man jedoch auch in den Kreisen des Zentralverbandes deutscher Industrieller heute nicht mehr. Er (der Zentralverband) und seine übrigen Freunde begnügen sich daher keineswegs mit dieser Eventualität mehr, zudem man auf billigere Art das nämliche Ziel zu erreichen glaubt.

Die Zuchthausvorlage unruhigen Angedenkens war vornehmlich auf genannten Zentralverband zurückzuführen. Mit Verscharren derselben hat er seinen Lieblingsgedanken, daß Koalitionsrecht der Arbeiter mit geschicklichen Maßnahmen zu vernichten, nicht aufgegeben. Neuerlich konnte man es ja frei lassen, weil es dann ungefährlich ist, seine Ausübung jedoch soll so mit Fesseln belegt werden, daß es praktisch wertlos wird. Dieses Ziel hat er unausgesetzt verfolgt, nur daß es zu bestimmten Zeitsäufen schärfer in die Erscheinung tritt.

So auch jetzt wieder. Bekanntlich arbeitet der Reichstag an einer Änderung des Strafgesetzbuches. Der Reichskanzler ließ nun im Winter durchblicken, nachdem er auf die bereits vorgeschlagenen Änderungen hingewiesen, daß untersucht werden solle, ob und inwieweit es notwendig sei, die persönliche Freiheit und das persönliche Selbstbestimmungsrecht mehr als bisher zu schützen. Aus dieser Erklärung wittern die Scharfmacher aller Couleur Morgenluft. Haben die vorgeschlagenen Änderungen sowieso schon äußerst Bedenkliches an sich, so gehen die Scharfmacher gleich aus ganzem. Der jetzt geltende § 241 des Strafgesetzbuches besagt, daß wer einen anderen mit der Begehung eines Verbrechens bedroht, mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 300 Mark bestraft wird. Die vorgeschlagene Änderung verlangt, daß derjenige, der durch gefährliche Drohung einen anderen in seinem Frieden stört, mit Gefängnis oder Haft bis zu einem Jahr oder bis zu tausend Mark bestraft werden soll. Wird diese Änderung Gesetz, müssen die Arbeiter noch größere Vorsicht bei Lohnbewegungen anwenden wie bisher. Eine unbedachte Drohung mit einem Streik könnte als „Friedensstörung“ des „anderen“ angesehen, und mit noch schwereren Strafen, als das bislang unter dem § 153 der GO. möglich war, belegt werden. Der Zentralverband deutscher Industrieller fordert noch als Zugabe: „Ein gefährlicher Drohung im Sinne des ersten Absatzes macht sich auch derjenige schuldig, der es unternimmt, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Arbeitsstätten, Wege, Straßen, Plätze, Bahnhöfe, Wasserstraßen, Häfen oder sonstige Verkehrsanlagen planmäßig zu überwachen.“ Das kommt einem vollendeten Streikpostenverbot gleich.

Einem solchen Verlangen muß die Arbeiterschaft den entschiedensten Widerstand entgegensetzen. Die praktische Ausübung des ohnehin ungenügenden Koalitionsrechtes wird mit einem Streikpostenverbot unmöglich gemacht. Die Scharfmacher wissen sehr wohl, wo sie den Hebel anzusehen haben.

Begründen tuen sie ihre Forderung mit den Ausschreitungen bei Streiks und Aussperrungen, und dem Überhandnehmen sozialdemokratischen Terrorismus. Gewiß! Gelegentliche Übergriffe bei Lohnkämpfen sind nicht abzuleugnen, niemand bedauert diese aber mehr als wir selbst. Haben diese jedoch einen solchen Umfang erreicht, daß sie einen, wie von den Scharfmachern geforderten Schritt rechtfertigen? Nein, das haben sie nicht. Zudem reichen, wie jederzeit zu beobachten, die bestehenden Gesetzesparagraphen gegen Ausschreitungen absolut aus. Mit der Annahme eines solchen Paragraphen aber würde man die Arbeiter von der heutigen loyalen zur illibalen Handhabung des Koalitionsrechtes treiben. Ausschreitungen, die man damit verhindern möchte, würden erst recht die Folge sein. Auf die Behinderung derselben kommt es aber den Scharfmachern überhaupt nicht an, ihr Ziel ist ein anderes. Nimmt man den Arbeitern die Möglichkeit, mit angeworbenen Arbeitswilligen in Verbindung zu treten, ist die Macht einseitig, und zwar recht vorteilhaft zugunsten der Unternehmer verschoben.

Leider ist die Lage über den zunehmenden sozialdemokratischen Terrorismus richtig. Wo das enden soll, können wir heute nicht voraussehen. So hat man z. B. dieser Tage in Nürnberg einen unserer Kollegen dreimal hintereinander aus der Arbeit geworfen, der „freie“ Stoffkuratorbeamte Eger, der davon wußte, hat nichts zu seiner Verhinderung getan, man muß im Gegenteil annehmen, daß es mit seinem Einverständnis geschah. Und es ist auch richtig, daß die sozialdemokratische Presse mit ihrer Heze an manchen bedauerlichen Ausschreitungen nicht unschuldig ist. Begreift man jetzt, warum Bued seinerzeit in Mannheim erklärte, die christlichen Gewerkschaften seien gefährlicher wie die sozialdemokratischen? Gewiß, sie liefern den Scharfmachern nicht das so sehr gefürchtete Material für Ausschlagsgesetze zur Anwendung der Arbeiter.

Der Reichstag wird ernstlich die von der Regierung vorgeschlagenen Änderungsanträge zur Strafgesetznovelle zu prüfen haben. Wir erwarten bestimmt, daß alles vermieden wird, was das Koalitionsrecht der Arbeiter beschränken kann. Die Arbeiter aber müssen sich auch selbst bemühen, Übergriffe zu verhindern und für eine loyale Ausübung des Vereinigungsbuches zu sorgen. In diesem Sinne sind alle Mitglieder zu erziehen. Der beste Schutz gegen Verschlechterungen der bestehenden Bestimmungen und gegen Ausschlagsgesetze ist eine starke christlich-nationale Arbeiterbewegung. Wir haben alle Veranlassung, nach wie vor mit unerminderter Kraft daran zu arbeiten. Hoffentlich versteht man auch in unseren Kreisen den Ernst der Situation und handelt als ernste Männer. Als Teil des großen Ganzen ist unsere spezielle Pflicht, die Stärkung des christlichen Bauarbeiterverbandes.

Stört nicht den Traum der Kinder,  
Wenn eine Lust sie herzt;  
Ihr Weh schmerzt sie nicht minder,  
Als dich das deine schmerzt.  
  
Es trägt wohl mancher Alte,  
Des Herz längst nicht mehr flamt,  
Im Anflug eine Falte,  
Die aus der Kindheit stammt.

J. Hammer.

## Die christlichen Gewerkschaften Österreichs.

Die christlichen Gewerkschaften Österreichs zeigen heute noch ein einheitliches Bild. Sie befinden sich in einem Zustande der Entwicklung, ähnlich als es in Deutschland neben dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften noch andere christliche Verbände gab, die diesem nicht angeschlossen waren. Heute

finden wir außer dem Gesamtverband keine solche mehr, sie sind alle verschwunden, weil sie sich ohne Anerkennung an eine große Gesamtbewegung nicht als christliche Organisation halten konnten. Und das ist gut so, weil damit klare Bahnen geschaffen ist. Aehnlich wird es wohl auch in Österreich kommen, ob freilich in der Volksbildung wie in Deutschland, ist bei dem national so verzerrten Lande immerhin fraglich. Wohl in keinem Lande der Welt töbt der Nationalitätenhaber so gegeneinander wie in Österreich. Und auch die Sozialdemokratie hat erfahren müssen, daß die Phrase der internationalen Brüderlichkeit sogar innerhalb eines Staates wechselt an der Nationalität und Sprache scheitern kann. Die slawischen Sozialdemokratien Österreichs, die früher mit den deutschen Sozialdemokratien in einer Partei und Gewerkschaft vereinigt waren, haben sich abgesondert und bekämpfen sich gegenseitig aufs heftigste. Der Beschuß des internationalen Sozialistenkongresses von Kopenhagen, wonach es in jedem Lande nur eine Partei geben darf, hat sie nicht im mindesten gehindert, das direkte Gegenteil zu tun.

Die christlichen Gewerkschaften Österreichs teilen sich heute in zwei Gruppen: Die der Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften (in Deutschland Gesamtverband genannt) angeschlossenen Berufsverbände, und die außerhalb stehenden. Letztere gliedern sich wieder in slowenische, tschechische und deutsche Organisationen. Die Zentralkommission ist bei weitem die stärkste, mit 46 553 Mitgliedern. Die tschechische Organisation zählt 26 230, die slowenische 6136 und die deutsche 3433 Mitglieder. Insgesamt zählen somit sämtliche christlichen Gewerkschaften Österreichs am Jahresabschluß 1910: 82 342 Mitglieder. Ein Mehr gegenüber dem Vorjahr von 5413, dabei ist der Verband der Hausbesorger mit 7000 Mitgliedern nicht mehr in Rechnung gestellt worden.

Die Zentralisation macht unweigerlich Fortschritte. Die der Zentralkommission angeschlossenen Verbände haben sich von 19 auf 22, die Mitglieder um 16 461 in 1910 vermehrt. Besonders bemerkenswert ist der Anschluß des polnischen Gewerkschaftsverbandes. Gestingt es den christlichen Gewerkschaften Österreichs, unter Wahrung der berechtigten nationalen Eigenarten, eine einzige große Zentralorganisation für das Reich herbeizuführen, wird ihre Tätigkeit nicht nur eine bedeutend leichtere sein, sie werden auch eine große Zukunft haben. Auch gegenüber den sozialdemokratischen Gewerkschaften können sie einen weit stärkeren Einfluß gewinnen, da diese noch nicht den Vorsprung haben wie in Deutschland, bei Gründung der deutschen christlichen Gewerkschaften. Im übrigen zeigt sich dasselbe Bild der Entwicklung wie bei uns, bestehende Landesorganisationen gehen in einer auf, daß Prinzip der stärkeren Kraft der größeren Masse fordert eben sein Recht. Darüber kommt gemeinsamer Menschenverstand nur schwer hinweg.

Die der Zentralkommission angeschlossenen Verbände verzeichneten in 1910 insgesamt 693 655,93 Kronen (85 Pf. eine Krone), worin sich allerdings 156 910 Kr. Vermögen aus 1909 befinden. Die Einnahmen aus Beiträgen beliefen sich auf 471 315 Kr. Gegen 1909 erhöhte sich die Gesamteinnahme um 61 997 Kr., auf den Kopf des Mitglieds entfielen 11,28 Kr. gegen 10,41 Kr. im Vorjahr. Das Gesamtvermögen erhöhte sich von 156 910 Kr. auf 261 403 Kr.

Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 483 771 Kr. Davon entfallen auf Rechtschutz und Unterstützungen 233 459 Kr., auf Agitation, Verwaltung, Verbandsorgane usw. 250 311 Kr. für Streitunterstützung wurden 33 596 Kr. für Arbeitslosenunterstützung 37 065 Kr. und für Krankenunterstützung 100 916 Kronen verausgabt. Die angeschlossenen Verbände waren an 155 Lohnbewegungen beteiligt, von denen sie 63 allein und 92 mit anderen Verbänden führten.

Über die Ausgaben und Einnahmen der der Zentralkommission nicht angeschlossenen Verbände werden keine Angaben gemacht. Die vorliegenden Ergebnisse zeigen uns, daß die betr. Verbände eine gesunde Entwicklung eingeschlagen haben, die für ihre Zukunft das Beste erhoffen läßt.

Die der Zentralkommission angeschlossenen Verbände verfügen über 14 Gewerkschaftsorgane.

Vom 29. Juni bis 1. Juli fand in Wien der II. Kongress der christlichen Gewerkschaften Österreichs statt. Derselbe befaßte sich mit organisatorischen, taktischen und sozialpolitischen Fragen.

Die Zentralkommission erfuhr eine praktische Reformierung. Um die ihr gestellten Aufgaben zu erleichtern, wurde eine Erhöhung der an sie zu leistenden Beitragssummen beschlossen. Außerdem ist jedes Mitglied verpflichtet, vierteljährlich einen Agitationsbeitrag von 10 Heller zum Agitationsfonds zu zahlen. Der Kongress wandte sich mit einem Aufruf an die Mitglieder, jetzt mit erneuter Kraft in die Agitation einzutreten. Darin wird hingewiesen, daß der Aufstieg der Arbeiter ihr eigenes Werk sein müsse, das sei aber nur möglich bei entsprechendem Opfergeist und Mitarbeit.

Die grundähnliche Ansicht über den Streik ist allen christlichen Arbeiterorganisationen gemeinsam. Er gilt ihnen nur

als letztes Mittel zur Errichtung gerechter und möglicher Lohn- und Arbeitsbedingungen. Leider fehlt es bei den Arbeitgebern sehr oft nicht nur an der notwendigen Einsicht, sondern auch an guten Willen, so daß Kämpfe unvermeidlich bleiben. Je größer nun die Organisationen sind, desto größer auch die Verantwortung. Kämpfe führen ist aber auch eine sehr ernste Sache, und darum soll man sie nur führen, wenn Aussicht auf Erfolg vorhanden ist. Wie gewonne Kämpfe den Arbeitern nützen, können verlorene ihnen ebensoviel schaden. Aus dieser Erwägung heraus befaßte sich der Kongress mit der taktischen Haltung bei Lohnbewegungen, gab Richtlinien und Fingerzeige, die sich natürlich nur auf allgemeiner Grundlage bewegen können, da fast jede Lohnbewegung anders geartet liegt.

At den Grenzen der gewerkschaftlichen Selbsthilfe endet natürlich nicht das Interesse der Arbeiter. Es geht weit darüber hinaus und wendet sich, wo eben die eigene Ohnmacht sich einstellt, an andere Instanzen. Die gesetzliche Sozialpolitik hat ihren höchsten Ruhm noch nicht erlangt. Was wir jedoch bis jetzt von ihr haben, zeigt uns deutlich, daß sie im „freien Spiel der Kräfte“ eine absolute Notwendigkeit war und ist. Man kann eben nur auf gesetzlichem Wege gewissen Dingen beikommen und etwas Allgemeines schaffen. Da gesetzliche Sozialpolitik aber nur durch politische Parteien Leben und Gestaltung empfangen kann, kommt es wesentlich auf die Kenntnis des Notwendigen an. Auch der Kongress unserer österreichischen Kollegen erhob seine Stimme: Ausbau des Arbeiterschutzes, Ausdehnung der Gewerbeinspektion, Erweiterung der Kranken- und Unfallversicherung, Schwaffung einer obligatorischen Alters- und Invalidenversicherung, Wahrung des Qualitätsrechtes, ein freiheitliches Vereinsgesetz, Wohnungsfürsorge — wie wir sehen, ein reichlicher Wunschzettel, der wohl nicht ohne Grund den gesetzgebenden Körperchaften präsentiert wurde. Aus dem Eifer des Kongresses, mit dem er diese Fragen behandelte, ist zu schließen, daß er mit Nachdruck das Geforderte zu erreichen trachtet.

So bietet Entwicklung der christlichen Gewerkschaften Deutscher Reichs und ihre zweiter Kongress ein erfreuliches Bild. Der Wille zu Macht und Erfolg tritt offensichtlich in die Erkenntning, aus dem klaren Schluß, daß sich nur dann die gestellten Aufgaben verwirklichen lassen. Wir haben das Vertrauen zu ihnen, daß sie die gestellten Ziele erreichen.

# Katholische Fachabteilungen und christliche Gewerkschaften im 1910.

Eämtliche gewerkschaftliche Organisationen Deutschlands konnten von erheblichen Fortschritten im Jahre 1910 berichten. Die katholischen Fachabteilungen, die auch als gewerkschaftlich gelten wollen, sind dagegen von einem bemerkenswerten Rückgescheic betroffen: Ihre sowie so außerordentlich minimale Mitgliederzahl ist nicht nur nicht gestiegen, sondern gesunken, ebenso auch ihre Einnahmen und Ausgaben. Um einen Vergleich zwischen den Fachabteilungen und christlichen Gewerkschaften zu ermöglichen, bringen wir eine Übersicht über Mitgliedszahlen, Einnahmen und Ausgaben von den letzten drei Jahren. Diese betrugen:

## Catholische Sacharbeiten:

	Angaben	Einzelpreis	Gesamtbetrag	Angaben	Schwärzen
1906	18000	239633	205545	122286	
1909	16450	244670	260070	106887	
1910	17180	226529	227025	106689	

## **Christliche Schriftsteller:**

	Schäfle	Flocken	Wölgen	Sezungen
1908	260700	4394745	3556221	4513409
1909	250000	4612920	3813504	5385338
1910	316115	5490000	4916000	6113710

Die Kaufabteilungen sind dennoch im Jahre 1910 um 1380 Mitglieder zurückgegangen, die christlichen Gewerkschaften dagegen stiegen um 36 000. Die Einnahmen der Kaufabteilungen gingen um 17 841 Mark zurück, und ihr Vermögensbestand blieb ziemlich konstant; die christlichen Gewerkschaften dagegen erhöhten ihre Einnahme um 877 000 Mark und ihren Vermögensbestand um 748 372 Mark. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß es sich bei den Kaufabteilungen in der Mehrzahl um ganz kleine Berufsgruppen handelt, die den Betrieb doppelt schwierig empfinden.

Nach ihren Angaben haben die Fachabteilungen im Jahre 1910 zirka 20 Lizenzen abgeschlossen. Wenn damit aber gezeigt werden sollte, daß sie nun auch die Einleitung dazu gemacht und die Verhandlungen mit den Arbeitgebern eröffnet hätten, so trifft dies fast gar nicht zu. Fast durchweg alle Berufsgenossenschaften waren bereits von den gewerkschaftlichen Organisationen gefördert, und schlossen sich später die Fachabteilungen an. Einige schwören sie ab, während die anderen Arbeiter im Sammelleben handeln, so im Zier und Reiz bei der Betriebsvereinigung. Die Angaben über Lizenzenzählung seitens der Fachabteilungen sind aber auch noch mit Vorsicht aufzunehmen. So verriet z. B. das Protokoll des 5. Delegiertenstages bei Bezeichnung der Delegierten des Berufsbundes als Ser-

16. September Versammlungsversammlung in der Treppen-  
galerie des Hauses, wo ein Saal ungenügend, durch gemeinsame  
Qualifikationsprüfung der Gesellschaftung der Mitglieder D. R.  
der Zahl eingegrenzt, aber keine Mitglieder ge-  
zogen.

**Kritik ohne Kritisierer sind politisch praktisch aber**

Die ehemaligen Gewerkschaften hingegen schlossen im Jahr 1910 mit Arbeitgebern oder deren Organisationen 55 Vereinbarungen ab, um späterhin auch sie zu 937, darunter die Reichsbahn und der Kaiser, Präsident und Beamte, beteiligt Zustimmen kann. Diese Vereinbarungen sind nicht bestanden, weil die Zulässigkeit und Rechtmäßigkeit der Gewerkschaften zweifelhaft

Die Fertige an Einschreien und Mitgliedern der Groß-  
meister zu sind auf die Erfüllung der Beiträge und die  
Zustellung der Unterstellungsliste einzugehen. Da

aber die Mitglieder nur eine Unterstützungsseinrichtung in den Fachabteilungen erblicken und diese in einer Weise die mit den „katholischen Grundsätzen“ des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Ciz Berlin) gar nicht in Einklang zu bringen ist, ausgebaut haben, müßte natürlich ihr Interesse an ihnen mit dem Moment verschwinden, wo eine Änderung eintrat. Diese Änderung wurde auf der letzten Generalversammlung der Fachabteilungen zu Weihnachten 1910 herbeigeführt, indem, um die „fachberufliche“ Arbeit mehr zu „fördern“, die Beiträge erhöht und die Unterstützungssätze herabgeschräkt wurden. Außerdem wurden schon im vergangenen Jahr die Bezugsbedingungen zur Erlangung von Unterstützungen erheblich erschwert. Das hat sie in Wirren gebracht, die sie heute noch nicht überwunden haben.

Die christlichen Gewerkschaften machen dagegen gute Fortschritte, sie haben die 350 000 Mitglieder bereits überschritten.

Auch der Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin), der Träger der Fachabteilungen, zeigt ein ähnliches Bild der Entwicklung wie diese. Wohl sagt der Bericht des Vorstandes, „die Zahl der Verbandsvereine ist während des Jahres 1910 gestiegen auf 1198“. Dieses „gestiegen“ kann imsofern nicht richtig sein, als der Bericht von 1909 schon von „genau 1199 Vereinen“ berichtete. Die Gesamteinnahme des Verbandes in 1910 (Arbeitervereins-, Sterbekassen- und Fachabteilungsbeiträge) sollen 1 223 027,48 ₩ nach den Angaben des Vorstandes betragen haben. Da sich jedoch in dieser Summe 131 517,29 ₩ durchlaufende Posten und 224 497,44 Mark Verbandsvermögen befinden, beträgt die tatsächliche Einnahme 807 012,73 ₩. In 1909 betrug dieselbe 800 796 ₩, somit ein Rückgang um 33 783 ₩. Ohne die Fachabteilungen vereinnahmte der Verband 640 183,45 Mark. Diese Einnahme zerfasert sich wieder in Beiträge zu den Arbeitervereinen und den Sterbekassen. Erstere gingen von 280 732 ₩ in 1909 auf 266 260 ₩ in 1910, die Sterbekassen gingen ebenfalls in ihren Einnahmen, wenn auch nur gering, zurück. Da die Sterbekassen den zahlenmäßig stärksten Gradmesser der Mitgliederzahlen des Verbandes bilden, so kann das „gestiegen“ um einige hundert Mitglieder nur dann richtig sein, wenn das Wörtchen „hinab“ davorgesetzt wird.

Von den Ausgaben des Verbandes entfallen auf reine Unterstützungen (Sterbeunterstützung und Wohlfahrtseinrichtung für Jugendliche) 168 691,15  $\text{M}$ , auf die Verbandsorgane 124 251,09  $\text{M}$  und auf Gehälter, Elgitation, Verwaltung, Unterhaltung der Arbeiterssekretariate usw. 28 674,30  $\text{M}$ .

Der Grund des Rückganges bezv. Stagnation des Verbandes katholischer Arbeitervereine (Siz Berlin) wird wohl in der Beziehung mit den Fachabteilungen zu suchen sein. Denn im Gegensatz hierzu hat z. B. der Weißdeutsche Verbund katholischer Arbeitervereine im gleichen Zeitraum von 12 000 Mitgliedern zugewonnen. Von den ehemals 20 000 Mitgliedern ehemaliger Verbänden haben sich mittler und Straß trotz 10-jähriger Agitation, und was für elter, 17 000 den Fachabteilungen angeschlossen. Von den übrigen 113 000 muß angenommen werden, daß sie von diesen nichts wissen wollen. Um diese nun in die Fachabteilungen zu bringen, verfügte der Kleigertentag des Berliner Verbandes in 1910, daß örtliche Vereine beschließen können, daß Mitglieder, die zu einem von der Fachabteilung des betreffenden Vereins

von der Fachabteilung des betreffenden Vereins vereinbarten Tatschahre arbeiten, oder alle neuemittelenden Organisationssähigen, oder überhaupt alle organisationsfähigen, den Fachabteilungen beitreten müssen. Nun besteht sich jetzt recht eifrig um die Durchführung dieses Entschlusses, aber wo war der Versuch dazu gemacht wird, ist es eine kleine Revolution ab. Meistens werden dann die Finger davon gelassen. So werden die Fachabteilungen um keinen Schritt vorwärts gebracht, dagegen in die Arbeitervereine Unruhe und Verwirrung hineingetragen. Und gar der Zutritt zu den Arbeitervereinen von dem zeitigen Zutritt zu den Fachabteilungen abhängig gemacht, ist es um das Wachstum der Arbeitervereine getan. Die Arbeiter erschließen eben in den Fachabteilungen keine geschäftliche Interessenvertretung, vielleicht eine kostspielige Unmöglichkeit. Der Verband der sozialistischen Arbeitervereine (S. Berlin) wird daher auch mit Zwangsmittelregeln die Fachabteilungen nicht zu dem so lange inbrünstig ersehnten und bitter umstrittenen Aussehen verhelfen können, wohl aber kann er sein eigenes Wachstum nachhaltig beeinflussen. Um der ideellen Zwecke der konfessionellen Arbeitervereine selber ist das immerhin zu bedauern. Wir hoffen aber bestimmt nicht, daß damit ein Umschwung der Meinung der leitenden Personen dieses Verbaudes beigesetzt werden könnte.

Die Situation ist heute so, daß die Verdienstleistungen  
ih wie vor numerisch nicht in Betracht kommen, auch  
sollt kommen werden. Auf die Gestaltung der wirtschaft-  
lichen Beziehungen der Arbeiter haben sie nicht den ge-  
glichen Einflug. Sie befinden sich zudem in einer starken  
seitens der Gewerkschaften (z. B. Berlin) mit hineingezogen haben.  
christlichen Gewerkschaften dagegen stehen in innerer  
Kraft gestrigter denn je und befinden sich in frödigem  
Wirkung. Die 350 000 sind überwältigt, mit strohen  
Häppchen füßen sie der ersten halben Milliarde zu.

## RundIchan.

Bei mit allergrößtem Widerwillen müssen wir uns wieder  
sel mit dem „Arbeiter“, Organ von „Sitz Berlin“ be-  
stiften. Schonstlich wurde unserem Kollegen Schärdt-Dutto-  
winkeljäger, die Mitglieder der katholischen Fachabtei-  
gen als Friedesjünger, Kipp und Ziegensdauer, Egel usw.  
einer Bezeichnung zu Stobniß bestimmt zu haben. Ch-  
röt hat das als Unzucht bezeichnet und rüttiggestellt.  
Die Sitzungen, die Friedesjünger der Unzucht öffentlich  
machen, wurde vom Arbeiterselbsturk Null, der sie in die  
Feste abgelehnt. Erstdem also Schärdt die  
Sitzungen beendet, wurde der „Arbeiter“ (Nr. 30 vom  
Saf) im Maßstab an einer Zeitung eine auf unzulässig-  
keitsprävention ausgebende Presseerklärung einer „Folgewohrer-  
niger“ Bevölkerung folgende Fassade:

„Gehhardt hatte am 31. Mai in öffentlicher Versammlung in Rhinie die katholisch organisierten Arbeiter unter anderem als „Sauhedsänger, Mist- und Biegenbauern, Esel usw.“ beschimpft.“

Ja, existieren denn für den „Arbeiter“ die einfachsten Gründe der Wahrhaftigkeit und des journalistischen Anstandes nicht? Hat er nicht zum mindesten die Verpflichtung, seinen Lesern mitzuteilen, daß Eichardt die angeblichen Neuerungen bestreitet? Sowohl der „Arbeiter“, als dessen Verantwortlicher Herr Paul Richter zeichnet, wie auch Arbeitersekretär Bull machen sich zu Mitschuldigen der sich in die Toga der Antikemität hüllenden Überbringer der genannten Unwahrheiten. Der Schöler ist nicht besser wie der Stehler; in diesem Falle handelt es sich um leichtfertige und böswillige Verleumündung zu ehr durchsichtigen Zwecken. Und diese nichtsnehmige, verlogene Kampfweise wird von Personen geführt, die sich fortwährend als die „besseren Katholiken“ gerieren. Wir versichern dem „Arbeiter“, wenn uns einmal alle Geduldssäden reißen, wir eine Kennzeichnung verschiedener Personen geben werden, an die man für immer denkt wird.

Wenn „Sitz Berlin“ glaubt, uns auf solche Weise schädigen können, irrt er gewaltig. Diese Pfeile springen immer wieder auf den Schülern zurück. Das ist bisher noch mit all einer unterirdischen und hinterhältigen Minierarbeit geschehen, wovon hat er ja in den letzten Tagen besonders drastische Beispiele erfahren. Anscheinend kann er aber nur davon leben. Zu welchem Zweck z. B. mag wohl Herr Winkelph., der neue Verbandssekretär, wie uns von zuverlässiger Seite versichert wird, seinen Nachfolger im R. B. zu B. überwachen lassen? Warum will er sich nicht sehr mit einer summarischen Mitteilung über dessen Amtsergebnisse im R. C. B. begnügen, sondern sie im Wortlaut haben?

**Sozialdemokratische Terroristen an der Arbeit.** In Heilbronn u. R. verübten die sozialdemokratisch organisierten Täter eine schändliche Tat. Zwei beim Gipfertmeister Borchstädtigter Arbeiter traten wegen der immer krasser zutage tretenden staats- und christentumsfeindlichen Tendenzen des "Gesellen" Stoffateurverbandes aus demselben aus und wurden Mitglieder des Zentralverbands christlicher Arbeiter Deutschlands. Die beiden Arbeiter glaubten einem Rechtsstaat zu leben, dessen Bürger sich in dem gegebenen Rahmen frei betätigen können. Aber weit gefehlt. Sie haben zwar wohl einen Rechtsstaat, aber auch eine Sozialdemokratie, die auf Staat, Recht und Freiheit pfeift, wenn ihr gerade in den Kram passt. Die sozialdemokratisch organisierten Gipfer verlangten die Entlassung der christlich-nationalen Arbeiter unter Androhung der Arbeitsniederlegung. Der Arbeitgeber ging leider unter dem Druck der Mächte auf diese Forderung ein. Von den Entlassenen ist einer 15 Jahre bei ihm beschäftigt. Ist es nicht traurig, ob so etwas passieren kann? — Wenn die Heilbronner "Gesellen" aber glauben, mit solch schmützigen Waffen den Vorstand der christlichen Gewerkschaftsbewegung aufzuhalten zu können, dann sind sie auf dem Holzweg. Jetzt erst recht unsrer christlich-nationalen Arbeiterorganisation festgehalten, war die Lösung der vor einigen Monaten stattgefundenen Versammlung der Wahlstelle des christlichen Bauarbeiterverbandes. Dass die christlichen Gewerkschaften ihre Mitglieder gegen den roten Terror zu schützen wissen, ist überverständlich, und daher braucht sich kein Arbeiter vor den "Gesellen" zu fürchten. Die roten Helden aber werden sich an anderer Stelle zu verantworten haben.

**Der internationale Arbeitsmarkt.** Nach der „Arbeits-  
stät-Vorrespondenz“ ist ein ziemlich trügerisches Aufwachsen der  
erbslichen Arbeitsgelegenheit in allen Industrieländern im  
laufenen Jahre zu beobachten. Durchweg sinkt die Zahl der  
beschäftigen; überall nehmen die Lohnbewegungen zu, so daß  
die Verbesserung der Gesamtlage des internationalen  
Arbeitsmarktes nicht zu verkennen ist. Zwar sind wir  
den Grad der Besserung in den einzelnen Ländern noch  
nicht unterschafft, aber es ist als ziemlich wahrscheinlich zu  
nehmen, daß die wirtschaftliche Ausschwung in Deutschland  
die Verwertung der Arbeitskraft im laufenden Jahre  
begünstigt hat als in anderen Ländern. Zu keinem an-  
deren Lande war die Nachfrage nach Arbeitskräften auch nur  
ähnlich so stark wie hier. Die Besetzung des Arbeitsmarktes  
England hat im Juni einer Abschwächung Platz machen  
sollten, die zwar nur vorübergehender Natur sein dürfte, aber  
die Gesamtverbesserung des ersten Semesters erheblich beein-  
flusst. Die Arbeitslosenziffer, die im Mai 2,5 Prozent  
aufging, stellte sich für den Juni auf 3, nachdem sie seit Januar  
Monat zu Monat zurückgegangen war. Die Geschäfts-  
hat sich im Haugewerbe, im Schiffbau und in der Textil-  
fertigung ungünstig verändert. In London hat die Kaufmännig-  
keit ganz auffallend nachgelassen: bei den an das  
Richtsamt berichtenden Firmen waren 10,7 Prozent weniger  
Beschäftigte als im Mai. Im Schiffbau stieg die Arbeits-  
fertigkeit von 2,7 Prozent im Mai auf 3,8 Prozent im Juni.  
In verschiedenen Distrikten ist die Lage sehr ungleichmäßig;  
Arbeitslosenziffer geht bis auf 14,8 Prozent hinauf. Von  
verschiedenen Zweigen des Textilgewerbes ist es vor allem  
Baumwollindustrie, die eine Nachlassen des Geschäftsganges  
durch keineswegs in dem Grade, wie man nach den  
imangabreichten hätte erwarten sollen, die im Juni durch-  
feste gegangen sind. Die Arbeiterziffer hat gegen Mai nur  
die Lohnsumme allerdings um 3,3 Prozent abgenommen.  
der Beurteilung der Lage des Arbeitsmarktes in England  
und des Monats Juni ist indes die Einwirkung der Feier-  
feiertäglichkeiten zu beachten, die zwar nicht die gesuchte  
Abschwächung, aber doch einen Teil erklären. Im Gegensatz  
England lauten die Nachrichten aus den Ver. Staaten  
Amerika für den Juni sehr günstig. Ist es bei  
Kontrolle einer zentralen Arbeitsmarktbereichsermittlung auch  
ein zusammenfassendes Bild zu geben, so läßt sich doch  
den Einzelberichten die durchgreifende Besserung im laufen-  
Jahre deutlich erkennen. Die Kaufmännigkeit ist in der Zus-

Die Entwicklung ist in der jüngsten Zeit sehr rasch vor sich gegangen. Die Verarbeitung von Eisen und Metallen, Förderung von Kohlen ist lebhafter als im Vorjahr, das Handelsgewerbe, die verschiedenen Branchen der Nahrungsmittelindustrie sind gut beschäftigt und auch im Textilgewerbe die Situation in großen und ganzen nicht unbefriedigend. Gewerbliche Arbeitslosigkeit ist stark zurückgegangen, während der Arbeitserfolg die Nachfrage nach Arbeitern sehr zunimmt. Mit großer Spannung sieht man den Aussatz Getreide-, der Baumwoll- und der Tabaksekte entgegen, welche Crüten den Bedarf industrieller Erzeugnisse für die laufende Saison sehr stark bestimmen. Von den anderen, für Getriebe der Weltmarktwirtschaft weniger wichtigen Ländern kann man sagen, daß sie meist ebenfalls über steigende Ausgelegenheit berichten. So ist der Beschäftigungsgrad in Frankreich und Belgien erheblich günstiger als im Vorjahr, und er in der Schweiz und in Österreich zu teilweise zu wünschen übrig lässt. Seidenfass ist

über das Gesamtgepräge des internationalen Arbeitsmarktes günstiger als je in einem Jahre seit 1907. Zwar stand nur das Jahr 1908 im Zeichen einer völligen und allgemeinen Depression; von 1909 ab zeigten sich schon wieder die Anzeichen der beginnenden Erholung, die aber sich noch keineswegs überall durchsetzte, und die auch 1910 noch nicht soweit vorgeschritten war, daß das Gesamtbild schon als schattlos hätte bezeichnet werden können. Erst das laufende Jahr bietet ein allgemein erfreuliches Gepräge, das auch durch die Abhängigkeit in England, die von Mai auf Juni eingetreten ist, nicht ernstlich beeinträchtigt werden konnte.

**Gne „Hue'sche“ Fuchs predigt.** Die Tatsache, daß der frühere Vorsitzende des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter wieder an dessen diesjähriger Generalversammlung teilnahm und Generalsekretär Siegerwald in der Begrüßungsansprache erklärte, die ehemalige rücksichtlose Kampfesweise Brüder sei bei dem Charakter der Gewerbevereinsgegner notwendig gewesen, wird von der Sozialdemokratie als bezeichnend für die Moral im christlichen Gewerkschaftslager hingestellt. „Moralische Abgründe“, „Moralischer Thugs“, seiner indirekten Gehirnwürbler und „Mordbuben“, „solche Moral führt ja geradezu jedes Verbrechen an den Gegnern“, heißt es z. B. in einem wahnwitzig gehässigen Artikel der Augsburger „Schwäbischen Volkszeitung“ Nr. 161 vom 15. Juli, der ziemlich sicher auf Herrn Hue als Verfasser hindeutet. Wenn schon im allgemeinen nicht, so steht der Sozialdemokratie ausgerechnet in der Bergarbeiterbewegung die Rolle als Moralsprediger besonders gut zu Gesicht. Man vergegenwärtige sich: 1898 schrieb der damalige sozialdemokratische Bergarbeitervorsitzende Möller an Hue einen Brief, worin er diesem empfahl, er solle „den Massen schmeicheln und Brust vor den Bauch treten“; 1904 verfaßten und verbreiteten sozialdemokratische Bergarbeiterverbandsbeamte gelegentlich der damaligen Knapphauptsätestenwahl ein Flugblatt, wonit Brustwahrheitswidrig beschuldigt wurde, er sei von den Zechenherren mit 30 000 M. bestochen worden. Nachträglich stellte sich vor Gericht heraus, daß selbst der sozialdemokratische Verbandsvorstand von diesem „Schurkenstreik“ wußte, ohne ihn rechtzeitig zu verhindern, der bloßgestellte Beamte wurde nicht entlassen, sondern — befördert. Nach dem großen Ruhrbergarbeiterstreik von 1905 schrieb der Redakteur der „Dortmunder Arbeiterzeitung“, Haenisch, der Streik hätte bemüht werden müssen, um dem Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter das „schmerzstillende Halbband“ anzulegen. Solchen Gegnern gegenüber läßt sich nicht mit Glacehandschuhen töpfen, wenn man nicht die eigene Sache preisgeben will. Gegenüber heimtückischen Begeleitern gibt es ein Recht der Notwehr, und die Waffen der Abwehr müssen denen der Angreifer in etwa angepaßt werden. Von diesem Gesichtspunkt aus wird jeder objektiv Denkende die Kampfesmethoden von Brust und den übrigen Gewerbevereinsführern verstehen und sich damit abstimmen müssen. Ja, ja! Wenn der Fuchs den Guten predigt.

**Der „Stukkator“ hat keine „Schuldigkeit getan“.** Auf der am 17. und folgende Tage in Dresden stattgefundenen Generalversammlung des angeblich „freien“ und „neutralen“ Stukkatorverbandes wurde von verschiedenen Delegierten gefordert, die Mitglieder durch das Verbandsorgan, den „Stukkator“, mehr wie bisher „im Sinne des Sozialismus zu erziehen“. Der Redakteur deselben, Thielberg, erkannte laut „Leipziger Volkszeitung“ Nr. 164 vom 19. Juli an,

„daß die Mitglieder um so bessere wirtschaftliche Kämpfer werden, je mehr sie überzeugte und geschulte Sozialdemokraten sind. Er glaubt aber, daß das Fachorg an bereits seine Schuldigkeit getan habe; er werde sich jedoch die Anregung zur Notiz nehmen. In bezug auf die Kennzeichnung der Arbeitserfordernisse des Zentrums, z. B. bei der Reichsversicherungsgesetzgebung, müsse er aber sagen, daß das Fachblatt alles getan habe, was getan werden konnte.“

Dies ist der Wahrschheit doch wenigstens die Ehre gegeben. Um so weniger darum für unsverständlich, warum sich das nämliche Organ gelegentlich damit abschüdet, politisch und religiös als neutral zu gestalten. Unsere Auseinandersetzung mit dem „Stukkator“ im vergangenen Frühjahr, die für diesen mit einer vollendetem Niederlage und Blamage drastischer Art endete, drehte sich zum Teil doch auch um diesen Punkt. Und da vertheidigte der nämliche Thielberg mit allem Eifer, aber auch recht diesem Ungeheuer, den Satz:

„Bei uns (im „freien“ Stukkatorverband) kann jeder seinen Ansichten nachgehen, wann und wo er will. Das ist eines jeden Kollegen Privatsache.“

Wie vermag Thielberg das mit seinen Dresdener Neuerungen in Einklang zu bringen? Besteht da nicht ein klaffender Widerspruch? Gewiß, aber der „freie“ Stukkatorverband besitzt die „doppelte Buchführung“, Spuren kann schreiben links und kann schreiben rechts, er stolpert darüber weiter nicht. Se nachdem er Dumme sangen kann, gibt er sich als „neutral“, hat er diese eingefügt, dann bestimpft er sie noch obendrauf als weniger gute „wirtschaftliche Kämpfer“ wie „gespaltene Sozialdemokraten“; also als Trottel und bemitleidenswerte Menschen. Und es wird auch keine andere Ansicht, als wie die sozialdemokratische vertreten, ob sich der Anderen durch dadurch geträumt fühlt, bleibt sich gleich, er hat sich das gefallen zu lassen. Tut er es nicht, ist er ein „Arbeiterzerstreuter“. Zu begründen ist es darum, daß Thielberg sich die „Anregung“ der Dresdener Generalversammlung „zur Notiz nehmen will“, was doch nicht anders laufen darf, als wie den sozialdemokratischen Charakter des „freien“ Stukkatorverbandes unverblümmt zum Ausdruck zu bringen und von den Mitgliedern den Anschluß an die politische Partei der Sozialdemokratie zu verlangen. Das wäre eine erfreuliche Klarung, und eine Abwendung von der „doppelten Buchführung“. Gelegentlich werden wir daran erinnern.

## Wirtschaftliche Bewegung.

**Gesperrt sind:** Dorfman (Streik der Maurer), Düsseldorf, die Firma Jensen für Zimmerer, Berlin (Deckdecker) die Firma Ulthaus, Aderstr., Essen (Fliessenleger) Sparte über die Essener Baumaterialien, Berlitz & gesellschaft Langen & Comp., Köln, für Plattenleger die Zwischenmeister Geschen, Tischlerei (Streik der Zimmerer), Saarbrück (Streik der Zimmerer), Ludwigshafen (Streik der Maurer und Bauhofsarbeiter), Fischbach, Tatz (Sparte über den dortigen Kirchenneubau), Gesellschaften (Fliessenleger, Sparte über die Firma Stolze wegen Mietfehlhalten des Tarifes). Zugang ist fernzuhalten.

### Achtung! Dortmund.

**Der Arbeitsnachweis der Unternehmer in Dortmund ist gesperrt.** Bureaudienende oder arbeitslos werdende Kollegen wird Arbeit auf unserem Bureau, Westerbleicherstraße 64, nachgewiesen.

### Bezirk Köln.

**Siegen.** (Stukkature) Am 26. April d. Jg. gelang es endlich, auch in Siegen eine Zahlstelle der Stukkature zu errichten. Da die Zahl der im hiesigen Gebiet beschäftigten Stukkaturen nicht groß ist, und diese in der weiteren Umgebung beschäftigt werden, bleibt es sehr schwer, eine Versammlung zu handzubringen. Dennoch ist es gelungen, einen größeren Teil derselben zu gewinnen, und heute können wir bereits berichten, daß die geleistete Agitationarbeit für die Kollegen von Erfolg gewesen ist. Anstelle der bisher vollständig unregelmäßigen Lohn-

und Arbeitsbedingungen wurde am 17. Juli mit den Stukkaturen ein Tarifvertrag abgeschlossen. Der Vertrag enthält in der Hauptstrecke folgende Bestimmungen: 1. Die Arbeitszeit beträgt vom 1. August 1911 bis 31. März 1912 10½ Stunden, ab 1. April 1912 bis 31. März 1913 10 Stunden. 2. Der Stundenlohn beträgt für Stukkaturen vom 1. August 1911 bis 31. März 1912 63 Pf. ab 1. April 1912 bis 31. März 1913 66 Pf. Die Lohnsteigerung beträgt in den beiden Vertragsjahren 6 Pf. pro Stunde. 3. An Zusätzlichen wurden für Überstunden 25 Prozent, für Nachtarbeit 50 Prozent und Sonntagsarbeit 100 Prozent vereinbart. Für auswärtige Arbeiten wurden besondere Regelungen getroffen. 4. Die Lohnzahlung erfolgt vom nächsten Jahre an Freitags. 5. Der Vertrag gilt bis zum 31. März 1913. Somit ist nun auch im Siegerländer Stukkatorverband der Anfang für tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gemacht. An den Stukkaturen wird es jetzt liegen, daß der Vertrag in allen Teilen durchgeführt wird. Dieses können wir am besten, wenn alle Stukkaturen dem Centralverband christlicher Bauarbeiter angehören. Nur die Einigkeit hat uns diesen Erfolg gebracht. Sorge darum ein jeder für Stärkung unserer Organisation, dann wird es uns auch möglich werden, den Vertrag überall zur Durchführung zu bringen, und werden uns so die Vorteile dieses Vertragsabschlusses dauernd zugute kommen.

### Bezirk Posen.

**Mogilno.** Am 21. Mai d. J. wurde hier die Zahlstelle gegründet. Von 21 Mitgliedern ist dieselbe heute auf über 120 gestiegen. Um nun auch hier die tief daneben liegenden wirtschaftlichen Verhältnisse zu verbessern, wurde am 30. Juni den Arbeitgebern nachstehende Lohnforderung eingereicht: 1. Einführung der 10½stündigen Arbeitszeit, 2. an Lohn 1911 für Maurer- und Zimmergesellen 47 Pf. pro Stunde, 1912: 49 Pf.; für Bauhofsarbeiter 1911 bis 1912 35 Pf. Stundenlohn. Da die Arbeitgeber Mitglieder des Arbeitgeberbundes sind, mußte die von uns einberufene erste Sitzung auf den 12. Juli vertagt werden, wo in Gegenwart des Herrn Adler eine Verhandlung stattfand. Die Arbeitgeber lehnten es zunächst ab, mit den Arbeitern einen Vertrag abzuschließen, ferner lehnten sie den Einheitslohn ab und bestanden auf Staffellohn. Um die Verhandlung nicht scheitern zu lassen, erklärten wir uns mit dieser Lohnform einverstanden. Be treffs der Lohnhöhe konnte auch keine Einigkeit erzielt werden, da die Arbeitgeber nach längeren Verhandlungen uns für 1911: 41–43 Pf. und für 1912: 43–45 Pf. boten; mehr zu zahlen, seien sie nicht in der Lage, da jetzt alle Bauten abgeschlossen sind. — Am Freitag, den 14. Juli, nahm eine stark besuchte Versammlung Sitzung zu dem Angebot der Arbeitgeber und lehnte dieses ab, beauftragte aber gleich die Lohnkommission, sofort Schritte zu unternehmen, daß zu Montag, den 17. Juli, eine zweite Verhandlung stattfinde. In einer Besolution wurde gefordert, daß der Stundenlohn um einen Pfennig höher sein müsse, wie er in Pabotz gezeigt wird (das sind 43–46 Pf.). Die Verhandlung am Montag fand im Einverständnis beider Parteien unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters statt, welcher mit großem Geduld die Verhandlung leitete. Es wurde durch Schiedsspruch folgender Lohn festgelegt: 1911 für Maurer und Zimmer: 42–45 Pf. und 1912: 43–46 Pf. Stundenlohn. Die Erhöhung des Lohnes tritt in diesem Jahre sofort und 1912 am 1. April in Kraft. Bei Landarbeit werden 2 Pf. bei Überstunden 3, bei Nacht- und Sonntagsarbeit 10, bei Wasseraufwand 5 Pf. Zuschlag gezahlt. Einen Tarif für Bauhofsarbeiter abzuschließen, lehnten die Arbeitgeber vorläufig ab. Auf das energetische Protestieren der Arbeitvertreter hin erklärten sie sich dazu bereit, daß am 1. September erneut eine Verhandlung stattfinden soll, wo auch für Bauhofsarbeiter ein Tarif abgeschlossen werden wird. Es ist ein schöner Erfolg, welchen die Arbeiterschaft erzielt hat, wenn man berücksichtigt, daß die Kollegen erst seit 8 Wochen organisiert sind. Dieser Erfolg war nur möglich, weil alle geschlossen im Centralverband christlicher Bauarbeiter organisiert waren.

**Bielefeld.** Dem Unternehmer Stroinski scheint es sehr schwer zu fallen, den bestehenden Tarifvertrag einzuhalten. Derselbe sieht eine 10½stündige Arbeitszeit vor, sowie ab 1. Juli d. J. eine Lohnzulage von 1 Pf. Stroinski verlangte nun von seinen Gesellen — unter Androhung sofortiger Entlassung — 11 Stunden zu arbeiten. Er begründet das damit, daß er sonst die Arbeitszeit für Hilfsarbeiter, Lehrlinge und Polizei ebenfalls verkürzen müsse. Auch glaubt er damit der Lohnzehrung entgegen zu können. Die schriftliche Aufforderung der Bezirksleitung unseres Verbandes, die Bestimmungen des Vertrages einzuhalten, beantwortete er mit Befreiungen gegen uns. Wir wandten uns daraufhin an den Vorsitzenden des Einigungsamtes. Stroinski, der ja nun eine öffentliche Lammage bestritt, verfuhr dem zuvorzukommen. Er bestellte jährlinge Maurer auf sein Bureau. Die Aufnahme war eine über alles freudliche. Jeder erhielt einen Stuhl angeboten und eine Zigarette in die Hand gedrückt. Die Frau Meisterin sorgte für Feuer und leistete recht nette Gesellschaft. Unsere Kollegen dachten, „Was soll denn das alles eigentlich bedeuten?“ Dann wurde die Kasse aus dem Sac gelassen. Stroinski legte den Kollegen ein Schriftstück vor, wonach sie sich verpflichten sollten, freiwillig länger zu arbeiten, um mehr zu verdienen. Aus dem Sammelschreiben kam auch gleich die Kralle: Würden sie nicht unterschreiben, lasse er alle Bauten still liegen. Die Kollegen waren so verbucht, daß sie mit zitternder Hand unterschrieben. Die Nachfrage davon ging sofort durch die ganze Stadt und des abends um 10 Uhr fand bereits eine Vorstandssitzung unsererseits statt, die sich damit befaßte, was nun mit Herrn Stroinski zu tun sei. Da die Unterschriften mit Gewalt erzwungen seien, auch dem Tarifvertrag widersprechen, könnten sich die Kollegen nicht als daran gebunden erachten, und würden noch wie vor nicht länger wie 10½ Stunden arbeiten. Der Vorsitzende des Einigungsamtes nahm hierauf mit Stroinski Rücksprache, der ihm in janiter Tonart verriet, er werde keinen, der früher Feierabend mache, deswegen entlassen. Auch werde er den 1 Pf. ab 1. Juli nachzahlen. Der Einigungsamtsvorstand betrachtete damit unsere Klage als erledigt und sandte die Sitzung nicht fort. Unsere Kollegen nahmen davon Kenntnis und verpflichteten sich, den Tarifvertrag in allen seinen Teilen voll und ganz zur Durchführung zu bringen. So schloß die Kampagne mit Herrn Stroinski. Daraus kann man erssehen, in welch fröhler Weise Tarifverträge zu umgehen versucht werden, und wie man die Arbeiter ebenfalls zu vergewaltigen sucht. Nun stehen noch Baubuden und Verbandskosten. Vielleicht wird sich der Arbeitgeberbund der Provinz Posen, und speziell Herr Dr. Adler, seine traurigen Tarifbrecher einmal annehmen und sie dahin belehren, daß einmal abgeschlossene Tarifverträge unter allen Umständen einzuhalten sind. Achuliche Männer beginnen auch bereits in Mogilno, wo der Tarifvertrag kaum einige Tage abgeschlossen ist. Vielleicht wird Herr Dr. Adler sich auch hier darum bemühen, daß die 10½stündige Arbeitszeit eingehalten wird.

**Verbandsnachrichten.**

**Wir machen die Kollegen in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag den 30. Juli, der zweit und zwanzigste Wochenbeitrag fällig ist.**

### Maurer.

**Dortmund, 22. Juli.** (Verwaltungsstelle Dortmund.) Das erste Halbjahr 1911 liegt hinter uns. Wie wollen ihm daher

einen kurzen Rückblick widmen. Unser Verbandsorgan war in dieser Zeit so gehalten, daß auch der Gleichgültigste aufgeweckt wurde zur Mitarbeit für unsere Organisation. In unserer Verwaltungsstelle herrschte ein reges Leben, war es uns doch möglich, im ersten Quartal (Januar bis April) 347 Neuaufnahmen zu machen, ferner waren 30 Übertritte aus gegnerischen Verbänden zu verzeichnen. Im zweiten Quartal ist der Erfolg noch ein größerer. Gelang es uns doch, in dieser Zeit 661 neue Mitglieder zu gewinnen, ohne 40 Übertritte aus sozialdemokratischen Verbänden. Die Zahl der zahlenden Mitglieder stieg im zweiten Quartal von 1900 auf 2500.

Die Gesamteinnahme im zweiten Quartal betrug 22 088,25 M. Kollegen, diese Erfolge zeigen, daß auch wir an der Entwicklung unseres Verbandes regen Anteil genommen haben. Es ist nun die Frage aufzuwerfen, wem ist dieser Erfolg zu verdanken? Dieser Erfolg besteht darin, daß unsere Vertrauensmänner, Baudilegieren, Vorstandsmitglieder und Freigäste hand in Hand gearbeitet haben. Wo so ein einmütiges Zusammenarbeiten am Platze ist, gibt es keine Schwierigkeiten, die nicht zu überwinden sind. Darum wollen wir an diesem Zusammenarbeiten festhalten und nicht auf den Erfolgen jetzt zurückstehen; nein, die Vergangenheit hat uns gezeigt, wenn wir nur wollen, dann läßt sich noch vieles erreichen. Im zweiten Halbjahr wollen wir besonderen Wert darauf legen, daß die nun einmal Gewonnenen auch unserer Organisation treu bleiben. Ferner müssen wir uns mehr wie bisher den Spezialberufen widmen. Dann wird das zweite Halbjahr uns noch größere Erfolge bringen. Darum rufe ich euch Vertrauensmännern und Baudilegieren zu: Vor die Front!

H. Petri.

**Bielefeld.** Am Sonntag, den 16. Juli, tagte im Verbandslokal unsere Mitgliederversammlung. Die Tagesordnung lautete: 1. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung, 2. Anträge z. Generalversammlung, 3. Sozialdemokratische Verlogenheit,punkt 1 erledigte sich dadurch, daß der Vorsitzende Kollege Weiske als Delegierter aufgestellt wurde. Zu Punkt 2 wurde ein Antrag von der Verwaltung eingereicht, den § 23 des Statuts, betreffs Frankenunterstützung, dahingehend abändern, daß die Unterstützung schon mit 40 Wochenbeiträgen, resp. einsähriger Mitgliedschaft, ausbezahlt wird. Während der Frankenbeiträder aber die vollen Wochenbeiträge geleistet werden müssen. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme, und wurde der selbe dem Hauptvorstand zur Generalversammlung überwiesen. Zu Punkt 3 nahm der Vorsitzende das Wort. Von Zweigverein Bielefeld des sozialdemokratischen Männerverbandes werden immer und immer wieder Versuche unternommen, unsere Verwaltungsstelle mit Stumpf und Stiel auszurichten. Dies ist bis jetzt aber nicht gelungen, desto mehr auch die vielen Terroristensfälle, womit unsere Kollegen zu rechnen haben. Der Gipfelpunkt des Terrorismus wurde aber vorige Woche von zwei rot organisierten Maurern auf der Baustelle Preuß u. Zichweske in Brackwede erreicht. Dasselbe arbeiten drei Kollegen unseres Verbandes. Als die „Genossen“ erfuhrn, daß diese beiden Christen organisiert waren, wurde sofort die Schraube angezogen. Es wurde unseren Kollegen vorgelogen, in Bielefeld keine kein christlicher Verband, und die Bielefelder Bauniedernehmer täten nur „sehr“ organisierte Maurer beschäftigen. (Welche Ehre!) Die drei Kollegen waren fremd zugereist und kannten die Bielefelder Werkhälften nicht, so glaubten sie den „Genossen“ und gaben ihre Verbandsbücher ab, resp. sie wurden ihnen abgezogen. Der Polier, welcher zugleich Vorstandsmitglied ist von unserem Verband, bekam davon Wind und lädt natürlich sofort unsere Kollegen auf. Dieseben verlangten ihre Bücher zurück, weil sie so schamlos von den „Genossen“ beklaut worden waren. Der Vorsitzende unseres Verbandes nahm sich sofort der Sache an und forderte ganz energisch die Bücher zurück. Statt nun mit dem Vorsitzenden über diese Sache zu reden, wurden allerhand Mätzchen gegen uns vorgebracht. Als die „Genossen“ sahen, daß sie an den Knechten gekommen waren, wurde der selbe mit Ziegelsteinen bedroht; ja, ein verwegener Freiheitskämpfer drang auf den Vorsitzenden mit einem halben Gerät Brett ein, mit den Worten: „Du Galunke, mach daß du vom Bau herunter kommst, sonst schlag ich dir den Schädel ein“. Nur der Umstt des Bedrohten ist es zu danken, daß der „Genosse“ in seiner Kut gestellt wurde. Nicht genug hiermit, gingen diese Kämpfer bei der Beipause auch gegen unsere anderen drei Kollegen täglich vor, wurden aber hieran durch den Polier gehindert. Wahrheit, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sind goldene Worte, aber niemals kann man diese bei den sozialdemokratischen Verbänden finden. Dieses Heldentum wird ein gerichtliches Nachspiel haben, was auch Bezirksleiter Kollege Werner, der in der Versammlung anwesend war, befürwortete. Die Bücher sind bis jetzt nicht zurückgestattet, trotzdem der Lokalsbeamte Schäffer sofort in Kenntnis gesetzt wurde. Mit einem warmen Appell an die Kollegen wurde die Versammlung geschlossen.

**Wirklichkeit (Eichsfeld).** Unser Verband hat am hiesigen Orte stets einen guten Stamm Mitglieder zu verzeichnen gehabt, die meistens im Sommer in Westfalen arbeiten. In diesem Jahre sind wir nur in der Lage, eine dauernde Zahlstelle zu halten, hoffentlich auf länger. Auf dem Oberreichsfeld ist die Konjunktur sehr gut, besonders wird diese durch den Bau von Kasernen und durch den Bau der Sandesheilanstalt bei Mühlhausen in Eichsfeld geprägt. Auf dem letzteren Bau arbeiten von hier circa 25 Kollegen, auch einige aus anderen Orten des Eichsfeldes. Es hat manchen harren Kampf mit den „Genossen“ abgesetzt. Die Mühlhäuser haben aber einsehen müssen, daß die Christlichen sich nicht leicht unterkriegen lassen. Zu bedauern ist nur, daß aus Geisleden einige Kollegen sich dem Druck der „Genossen“ fügen, hätten diese sich etwas manhafter gezeigt, so hätten sie den „Genossen“ auch den Terrorismus entkräften können. Auch aus einigen Orten, wo die „Berliner“ Ideen verzaubert werden, sind gerade solche, die diesen Kämpfervereinen angehören, den „Genossen“ zugelaufen. Am Dienstag den 18. Juli, hielten wir eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, zu der auch Kollege Junckbrod (Hannover) erwiderte war. Derselbe sprach in einem einstündigem Vortrage über die gegenwärtige Lage der Gewerkschaften. Er schilderte die Kämpfe der Gegner, besonders der „Genossen“ und Sachabteilung gegen uns, daß sich die christlichen Gewerkschaften trotzdem gut entwickelt haben. — Auch hier haben wir 15 Neuaufnahmen zu verzeichnen und stehen uns noch einige in Aussicht. — Denker wies auch auf die Erfüge der Steuerbefreiung hin. Zur weiteren Punkte der Versammlung wählten wir den Vorsitzenden. Als Vorsitzender wurde Kollege Bruno Günther, als Kassierer Karl Klaus und als Schriftführer Kollege Engelbert Kiechler gewählt. Als Haushalter meldete sich Kollege Christoph Thor freiwillig. Alles in allem war die Versammlung von gutem Geist getragen und giebt uns diejenige die Gewähr für eine gute Weiterentwicklung. Kollegen arbeitet alle mit.

**Bonn.** (Stukkature) Am Sonntag, den 9. Juli, fand bei mir eine Mitgliederversammlung statt, zu welcher auch Kollege Lange erschienen war. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal, 2. Tarifabschluß, 3. Agitation, 4. Ergänzungswahl des Vorstandes, 5. Verschiedenes. Zu Punkt 1 legte Kassierer Ruth die Abrechnung vom 2. Quartal, das Sparbuch, Marken und Gelder vor, alles wurde geprüft. Zu Punkt 2 „Tarifabschluß“ besprach Kollege Lange unsere friedlich erledigte Lohnbewegung und die Folgen, die sich für uns

daraus ergeben: Da die Konjunktur in Bonn im Städtegewerbe sehr schlecht ist, bis jetzt überhaupt kein Tarif dort bestand, dadurch unhalbare Zustände herrschten, können wir mit dem erreichten zufrieden sein; denn jeder Gehilfe erhält 25 Pf. Lohnerhöhung. Es ist jetzt eine Grundlage geschaffen, aus der wir weiterarbeiten können. Zur Ergänzung des Vorstandes wurden gewählt: zum 2. Vorsitzenden Kollege Jakob Huth, zum 2. Kassierer Kollege Peter Wapfen, zum 2. Schriftführer Kollege Peter Frank, zu Beisitzen die Kollegen Max Gramm, August May und Daniel Lingenscheidt, als Vertretermann für Bonn Kollege Peter Frank. In die Schlichtungskommission wurden der 1. und 2. Vorsitzende gewählt. Ein Tarif soll beim Gewerbege richt niedergelegt werden. In der Versammlung ließen sich fünf Kollegen aufnehmen.

**Bezirk Frankfurt a. M.** Am 2. Juli tagte in Frankfurt unsere diesjährige Bezirkskonferenz, welche von 23 Delegierten und einigen Gästen, sowie vom Centralvorstand des Kollegen Wiedberg besucht war. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Bericht des Bezirksleiters, gab Kollege Schleicher einen ausführlichen Bericht über die Verhältnisse im Bezirk. Er berichtete über die schiedsgerichtlichen Verhandlungen mit dem Mitteldeutschen Arbeitgeberbund und über die Durchführung des Vertrags im ganzen Gebiet, da die Unternehmen in mehreren Orten den nunmehr abgeschlossenen Vertrag nicht anerkennen wollten, wie in Fulda, Marburg, Cassel u. a. m. Außerdem wurde in Coblenz wieder ein Vertrag auf zwei Jahre mit 5 Pf. Lohnerhöhung, in Ober- und Niedersachsen eine Lohnverhöhung von 7 Pf. pro Stunde erreicht. Durch die vielen Verhandlungen war es dem Bezirksleiter nicht möglich, in der Agitation so zu arbeiten, wie es notwendig war. Hier sollten und müssten die Kollegen selbst mehr in der Agitation tätig sein, was aber mir aus einzelnen Zuhörern berichtet werden kann. Die Geschäftsführung ist im allgemeinen, mit einigen Ausnahmen, besser geworden. Eine Anzahl Zuhörer forderte neu gegründet werden, und ist die Mitgliederzahl somit in diesem Jahre um über 400 gestiegen. In Punkto Bildungsbestrebungen und Schulung der Mitglieder musste eine Besserung eintreten. Hier zeigen die Kollegen zu wenig Interesse und verdecken die Notwendigkeit dieser Bestrebungen. Nach dem ausführlichen Bericht, welchem volle Anerkennung gezollt wurde, sprachen fünfzehn Delegierte von einer Neubildung in ihren Ballstellen. Unser Centralvorstandes Kollege Wiedberg referierte in ausführlicher Weise über das Thema: Welche Aussichten erwachsen uns für die Zukunft? In seinem 1½-stündigen Bericht behandelte er unsere Bewegung im allgemeinen, die wirtschaftliche und politische Konstellation in Deutschland, sowie die neue Reichsverfassungsordnung. Der Bericht wurde mit großem Beifall aufgenommen. Bei Regulierung der Winterbeiträge wurde derselbe im ganzen Bezirk auf 1 % festgesetzt, der in Form einer Gleichszahl, oder auch 2 zu 50 Pf. gezaubert werden soll. Diesem Beschluss nachzutun, ist Pflicht eines jeden Kollegen. In den Bezirksvorstand wurden gewählt: Kollege Schleicher als erster, Kollege Rödmann als zweiter Vorsitzender, Kollege Wilhelm Graf (Frankfurt) als dritter, Kollege Graf als zweiter Kassierer, Kollege Stahl als Schriftführer, die Kollegen Frank und Weißbacher als Beisitzer. Nach einem kurzen Schlusswort wurde die gut verlaufene Konferenz geschlossen.

**Gelsenkirchen.** Am Sonntag, den 17. Juli, fand hier eine öffentliche Prototypversammlung vom heutigen christlichen Gewerkschaftsverein statt, in der die verlogene und verleumderische sozialdemokratische Agitationsmethode der beiden heutigen Bevölkerungsgruppen des "freien" (sozialdemokratischen) Bauarbeiterverbands zu den Parteien gezeigt wurde. In zwei von genannten Herren herausgegebenen Flugblättern waren heftige Angriffe gegen die christlichen Gewerkschaften und ihre Führer ausgeübt worden. Die Versammlung war von über 1000 Personen besucht und wurde durch Kardinalsekreter Rödler eröffnet und geleitet. Derselbe gab den Brieftaufsteller bekannt, der zwischen ihm und den Sekretären Kohler und Hirschauflage gehabt hat, um eine gemeinsame Versammlung zu stützen zu bringen, damit beide Parteien über die bestehenden Differenzen ihre Meinung austauschen könnten. Aus diesem ergab sich, daß das christliche Gewerkschaftsverein alles dazu getan hat, und man es als weitere Unwahrheit bezeichneten muß, wenn das Gegenteil geschrieben wird. Anstatt nun aber ihre gemachten Flugblattveröffentlichungen vor aller Öffentlichkeit zu beweisen, haben die Herren Hirschau und Kohler es vorgezogen, den hässlichen Beuren zu zerstören. Also auf eine Rechtfertigung ihrer unwahren Behauptungen und Verdächtigungen kommt es diesen Herren nicht an. Sie sozialdemokratisch nach dieser Einleitung referierte Bezirksleiter Kollege Koch-Wochum über die Erfolge der christlichen Gewerkschaftsbewegung unter besonderer Betrachtung des christlichen Bauarbeiterverbands. Er wies darauf hin, daß schon vor Anfang an, als die christlichen Gewerkschaften im Kriegsbeginn begannen, den Herren der "freien" Organisationen gegen dieselben ein gewaltiger Kampf geführt wurde. Trotzdem machte wiederum der Terrorismus waren endgültige Mittel, um die christliche Gewerkschaftsbewegung niederzuringen. Alles jedoch rißte nichts. Das "totgeborene Kind", wie es die "Genossen" so gerne bezeichneten, versprach eine gute Zukunft. Anschließend 350 000 Arbeiter seien heute in den christlichen Gewerkschaften organisiert. Ebenso sind die christlichen Gewerkschaften am 31. Dezember 1910 fast die gesamten Gewerkschaften an 951 Lohnverhöungen beteiligt gewesen, in 254 Fällen hätten sie die Lohnverhöungen allein geprägt, bei 330 Verhandlungen bildeten sie die Majorität. Gerade in Gelsenkirchen hat der von Hanold und Kohler so sehr befürwortete christliche Bauarbeiterverein dafür gesorgt, daß den Arbeitern ein auskömmlicher Lohn zugesprochen ist. Selbst der eigene Bezirk des "freien" Bauarbeiterverbands habe auf den Verbundseid in Charlottenburg verzichten müssen, daß der christliche Bauarbeiterverein seine Erfüllbarkeit im Interesse der Arbeiter genau habe. Nach dieser allgemeinen Erörterung berief Kollege Koch, wie wenig gerecht Herr Hanold berechtigt sei, über die christlichen Gewerkschaften und deren Führer zu sprechen. Erst vor dem Referaten verließener, aus der Feder des Herrn Hanold kommender Brief gab zur Kenntnis, dass es des Geistes Friede Herr Hanold ist, daß die christlichen Gewerkschaftsbewegung zu feiern, bildete der Schriftsteller mit entzückendem Beifall ausgeschwärme jährligen und monatlichen Flugblättern. Das Sagen war Herr Arbeitsschreiber etwas erschreckend. Derselbe suchte keine neuen Sünden einzutragen, was ihm jedoch nicht gelang. Erwiderte war, daß diese sage: "Freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie sind eins". Als eine andere Aufforderung, die Herr Hanold, der da gleich mit dem Konservativen und Anteilchen hinzugekommen war, sang: Arbeiterschreiber! Was glaubt unsrein Arbeiterschreiber, die Mitglieder des Bezirksteils sind, einen sich verzeihen zu können, jedoch möchte er sich durch die heutige Versammlung nicht weiter ausreizen lassen. Der zweite Referent Bezirksleiter Kollege Hanold ging mit den Herren Hanold und dem Schriftsteller. Zu Hause von Zuschauern wie er doch war, in dem die beiden Herren in dieser beiden Herren in den heutigen Gewerkschaften zu sehen. Von unsrein Arbeiterschreiber und dem Sozialdemokratie aus späterer Zeit.

Die beiden Gewerkschaften aus späterer Zeit sind die beiden Gewerkschaften aus späterer Zeit. Eine der größten Schwierigkeiten war der Mangel an Arbeit, der durch die anfänglich nur geringe Opferwilligkeit der christlichen Arbeiterschreiber entstand. Hier galt es zunächst, Erziehungsarbeit zu leisten. Dem christlichen Arbeiterschreiber, wobei ich vor den gewiss nicht christlich geprägten

Wirtschaftspolitikern Schippel, Salver und Schulz anerkannt. Wenn man heute mit Ausnahmegesetzen handeln möchte, so setzt dies ein Agitationsmittel, läumen aber solche wirklich zustande, setzen sie mit veranschlagt durch das Treiben und Tun der Sozialdemokraten und der "freien" Gewerkschaften. Dank dem Vorhandensein der christlichen nationalen Arbeiterbewegung diente man noch nicht daran, Ausnahmegesetze zu schaffen. Der Vorsitzende verlas sodann folgende Resolution, die gegen 9 Stimmen angenommen wurde:

"Die am 16. Juli im Saale der Witwe Boumeister tagende, von ca. 1000 Personen besuchte, vom christlichen Gewerkschaftsverein einberufen öffentliche Protestversammlung erledigt in den christlichen Gewerkschaften die einzige richtige Interessenvertretung der christlich-nationalen Arbeiter und erkennt ständig an, daß diese den deutschen Arbeitern bedeutende materielle und ideelle Vorteile verschafft haben. Die Versammlung nimmt mit Entschluß Kenntnis von den schamlosen Verleumdungen und Verdächtigungen, die die Beamten des Deutschen Bauarbeiter-Verbands Hanold und Kohler gegen die Führer der christlichen Gewerkschaften im allgemeinen und die Beamten des christlichen Bauarbeiter-Verbands im besonderen in zwei Flugblättern verbreitet haben. Ganz entschieden verurteilt die Versammlung die unehrliche und die Arbeiterschaft schädigende Kampfweise der genannten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, und ist überzeugt, daß die Führer des christlichen Bauarbeiter-Verbands wie überhaupt die Führer der christlichen Gewerkschaften stets in entschiedener Weise die Interessen der Arbeiter vertreten haben. Daher verpflichtet die Versammlung, mit allen erlaubten Mitteln die Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften zu fördern, um dadurch die Arbeiterbewegung in gesunde Bahnen zu lenken, und das niedere und unlautere Treiben der "Genossen" in seine Grenzen zurückzuweisen."

Die Versammlung hat gezeigt, daß die christlich-nationalen Arbeiterbewegung in Gelsenkirchen festen Fuß gesetzt hat. Sie soll aber auch nur unseren Kollegen in Stadt und Land ein Ansporn sein zu raffloser Agitationsarbeit, zur Aufklärung der "freien" Gewerkschaftler, die noch auf christlichem Boden stehen, damit sie wissen, in welchen Händen sie sich befinden, und sie mit zur höheren Ehre der Sozialdemokratie ihre sauer verdienten Gewalten dieser opfern, um sich dafür, wie Hanold bewiesen, beleidigen lassen müssen.

**Hannover, 10. Juli. (Territorium usw.)** Die Unruhsamkeit und der Hass der "Genossen" gegen unsere Kollegen nimmt geradezu abstoßende Formen an. Auch in Hannover wird ancheinend die ausgegebene Parole, mit Terrorismus gegen die Christlichen vorzugehen, nunmehr befolgt. In den letzten Wochen hat man einige unserer Mitglieder, welche nicht zu den überzeugtesten gehörten, herübergekämpft. Am Donnerstag, den 6. Juli, brachte die "Genossen" am Neubau des Unternehmers Brill in der El. Weststr. Es fügte, beim Freiluftzug zu erklären: "Wir bleiben fügsam", weil sich unser Mitglied nicht umzuschreiben lassen wollte. Der Kollege wurde von seiner Arbeit weggeholt und an eine andere Baustelle geschickt. Als er in der Nähe seiner Heimat und Werkstatt holen wollte, wurde er von einem der "Genossen" ohne jede Veranlassung tatsächlich angegriffen und geschlagen. Wir werden den "Genossen" durch den Staatsanwalt die Lust zum Vergewaltigen aufzutreiben. Als die "Genossen" von unserer Leitung zur Rede gestellt wurden, wollten sie ihre Verhältnisse damit rechtfertigen, daß in der Gesellschaft ihre Mitglieder alle entlassen worden seien und der Unternehmer nunmehr mit christlich Organisierte einzelnen wolle. Tatsache ist, daß auf der Gesellschaft zur Zeit der Entlassung der "Genossen" kein christlich Organisierte arbeitete. Folglich können sie sich nicht im geringsten darauf berufen, und die Entlassung aus anderen Gründen geschehen ist. Es ist geradezu erschreckend, beobachten zu müssen, Welch blinder Hass die "Genossen" unserer Mitglieder gegenüber an den Tag legen. Es ist an der Zeit, daß unsere Kollegen diesem Gebaren energisch entgegentreten. Sie müssen es sich zur Pflicht machen, von jetzt ab jeden Fall von Zwang oder Drohung unverzüglich der Geschäftsstelle mitzuteilen, daß mit die nötigen Schritte getan werden. Kollegen, tretet einig und gemeinsam füreinander ein und auch mit voller Kraft der Brutalität der "Genossen" entgegen. Sie müssen auf Granit beisteht.

**Gelsenkirchen.** (Öffentliche Gewerkschaftsversammlung.) Im Schifferschen Saale fand am Sonntag, den 16. Juli, eine stark besuchte Gewerkschaftsversammlung statt. Die Versammlung befaßte sich mit der Frage: "Sozialdemokratie oder christliche Gewerkschaften?" Dieses wichtige Thema hatte auch die "Genossen" auf die Beine gestellt und waren mit einem ganzen Stab von Beamten erschienen. Das Referat zu obigem Thema hatte Gewerkschaftssekretär Blumenthal (Barmen) übernommen. Auch der Gegenseite wurde die gleiche Redekette für den ersten Redner zugespenden. Drei Stunden lang folgten Rede und Gegenrede, wobei die Mehrheit der Versammlung sich zugunsten der christlichen Gewerkschaften neigte. Anders war es auch nicht zu erwarten, nachdem einige "Genossen" geredet hatten und durch ihre Ausführungen bestätigten, daß Sozialdemokratie und "freie" Gewerkschaften eins und, daß die "freien" Gewerkschaften dieselben Ziele verfolgen wie die sozialdemokratische Partei und daß die "freien" Gewerkschaften ihre Mitglieder bewußt zu Sozialdemokratien erziehen. Wie weit die Unfließbarkeit und Verwertung in der sozialdemokratischen Bewegung gekommen ist, bewies, daß nicht einmal die Angehörigen dieser Bewegung politische und parteipolitische Verbindung außerhalb der Geschäftsstelle unterhalten konnten. Auch die geschichtliche Unstimmigkeit der Gewerkschaftsbewegung, selbst der eigenen sozialdemokratischen Bewegung, trat dort bei den Angestellten der sozialdemokratischen Verbände frisch in die Erhebung. Selbst ein Solinger und Remscheider Beamter des Metallarbeiterverbands wollten nicht wissen, daß dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband der Solinger Streitbruch am Landgericht zu Eberfeld gerichtlich bestätigt wurde. Über die geradezu kindliche Verweisung der "Genossen", die christlichen Gewerkschaften seien "Zentrumsgewerkschaften", löste bei der Versammlung allgemeine Heiterkeit aus, da die "Genossen" das Gegenteil vor dem bewiesen, was sie beweisen wollten. Zum Schlusse wurde die Versammlung durch das Verhältnis der "Genossen" von dem überwachenden Beamten aufgelöst. Als die "Genossen" merkten, daß sie keine Vorberreitungen erhielten, wurde der übliche Brach gemacht, so daß der Beamte die Versammlung absägt. Die übriquente Arbeiterschaft kann nicht mit dem Verlauf der Versammlung zufrieden sein, haben sie doch aus dem Mund sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer bestätigt erhalten, daß ihr Platz nur in den christlichen Gewerkschaften ist. Auch der Blödeke muss bald einsehen, wo die Kette in den sozialdemokratischen Gewerkschaften hingehört.

## Aus unseren christlichen Verbänden.

**Sechs Jahre christlicher Malerverband.** Im vergangenen Monat konnte der Centralverband christlicher Maler und verwandter Berufe sein zehnjähriges Jubiläum feiern. Eine Sondernummer des Organs des Verbandes, "Der deutsche Maler", ist dieser Feierlichkeit gewidmet.

Einem Statistiken, der das Bild aus diesem Anlaß bringt, ist zu entnehmen, wie trotz aller Hindernisse der Verband zu einer lebhaften Stütze für die christlich geprägten Maler geworden ist. Eine der größten Schwierigkeiten war der Mangel an Opferwilligkeit der christlichen Arbeiterschreiber. Hier galt es zunächst, Erziehungsarbeit zu leisten. Dem christlichen Maler-

verband ist sie gelungen, er brachte seinen Mitgliedern die Freundschaft bei, daß nur dem Stande zu helfen ist, dessen Mitglieder sich selbst helfen wollen, und die neben dem persönlichen Opfer rostloser Tätigkeit es auch an der Ausübung angemessenen Mittel nicht scheuen lassen. Von Stufe zu Stufe ist der anfänglich 10 Pf. im Winter und 20 Pf. im Sommer beträgliche Beitrags gestiegen. Gahlen doch zurzeit die Jungsäulen 30 Pf. regulären Beitrag, und beträgt der Pflichtbeitrag für die sonstigen Mitglieder — abgesehen von wenigen, durch besondere Verhältnisse bedingten Ausnahmen — 25 Pf. für die vier Winter- und 60 Pf. für die acht Sommermonate. Diese Beiträge haben sich für die Mitglieder des Malerverbandes rechtlich gelohnt. Die Völk- und Tarifbewegungen 1907 brachten für ca. 2000 Verbandsmitglieder an Lohnverhöhung rund 160 000 M. 1908 waren rund 50 000 M. das Ergebnis weiterer Bemühungen. Selbst in der Periode des wirtschaftlichen Niederganges 1909 kamen ca. 45 000 M. hinzzu. Der Abschluß des Reichstarifts anfangs 1910 brachte für 2700 Mitglieder rund 180 000 M. an Lohnverhöhung, so daß nur einmal gerechnet ca. 435 000 M. an Mehrlohn allein in den letzten vier Jahren den Mitgliedern des christlichen Malerverbandes zuflossen. — Wir wünschen unserem Bruderverbande auch für seine weitere Arbeit und Entwicklung reichen Erfolg.

**Der christliche Holzarbeiterverband** hat im zweiten Vierteljahr erstmals die Mitgliederzahl von 15 000 überschritten. Erzählte am 1. Juli d. J. 15 168 Mitglieder, hat im zweiten Vierteljahr eine Zunahme von 1012 gehabt. "Vorwärts, den 20 000 entgegen", fügt das Verbandsorgan ("Der Holzarbeiter" Nr. 28/1911) mit froher Übersicht dieser Mitteilung hinzu. In anderen christlichen Verbänden sind ähnliche, teilweise noch größere Fortschritte in der fraglichen Zeit zu verzeichnen.

## Von den Arbeitsstellen.

**Bochum.** In letzter Zeit mußten wir leider über eine ganze Reihe Unfälle, die sich im Bereich unserer Verwaltungsstelle zu trugen, berichten. Raum für die Folgen und Verlebungen dieser Unfälle gehtet, so fordert der gefährliche Beruf der Bauarbeiter neue Opfer.

Am 20. Juli stürzte unser Mitglied, der Maurer August Schuld aus Winsen, von dem Neubau der Bahn Mont-Cenis zu Solingen ein Stockwerk ab, so ungünstig herab, daß er schwere innere Verletzungen davontrug. Gleich nach seiner Verletzung ins Kath. Krankenhaus Herne, wurde vom Chefarzt des Krankenhauses als letztes Mittel eine schwere Operation vorgenommen, die glücklich überwunden wurde. Ob aber die Verletzung sein Leben erhält, kann noch nicht gesagt werden. Dieser Unfall wird nach Angabe der übrigen dort beschäftigten Kollegen in einem Schritt zu suchen sein. Die Abdeckung der Verletzung war in guter Ordnung.

In weiterer, nicht so gefährlicher Unfall passierte am 21. Juli auf der neuen Lotsosenanlage (Baustelle Kleiner), der neuen Bahn in Bochum, in Groß-Büttrop. Unser Kollege Weiß stolperete über einen Gegenstand und stieß dabei so unglücklich auf die Knie, daß diese sich verdrehte. Kollege Weiß, der zum Krankenhaus nach Bochum gebracht wurde, wird einige Zeit dort ruhigstellen müssen.

**Duisburg.** Am Montag den 17. Juli sollten die auf dem Bau des Herrn Baumeister O. Pottet beschäftigten Bauarbeiter nach Feierabend dem Heizanlage-Monteur helfen, die Heizkörper in die Stufen zu tragen. Die Leute mußten beim Transportieren der Körper eine auf Beton stehende, vom Erdgeschoss in die erste Etage führende hölzerne Treppe benutzen. Als nun der Heizmonteur mit drei Bediensteten einen Heizkörper die Treppe hinauftrugen, rutschte die kleinen Widerstände sinnende Treppe weg und stürzte mit den vier Männern und der von diesen transportierten Last ab. Während drei der Abgestürzten außer geringfügigen Verlebungen mit dem Schred davonliefen, erlitt der vierte, der Arbeitersohn aus Langfuhr, eine Gehirnerschütterung, Quetschung der linken Hand und anscheinend innere Verlebungen. Wäre die Treppe unten genügend gesteift, oder wenn nicht ganz fertig oder fest, abgesichert gewesen, hätte das Unglück nicht passieren können.

**Duisburg-Nordorf.** Am dem Neubau der Brotsfabrik Lütgen ereignete sich am 6. Juli ein Unglücksfall. Beim Lieferhanden füllte der Kollege H. sechs Meter in die Tiefe und zog sich beim Sturz auf die scharfe Kante des Steinbodens eine bedeutende Wunde über dem Knie zu. Ein Schuhgerüst war nicht vorhanden, sonst hätte das Unglück nicht entstehen können. Wie immer so auch hier, nachdem das Kind ertrunken ist, deckt man den Brunnen zu, als der Unglücksfall vorgekommen, wurde das Schuhgerüst hergestellt.

## Briefkästen.

**2. Arendt, Sodingen.** Über den von Dir gemeldeten Unfall war uns bereits von Bochum ein Bericht zugegangen. Freundlichen Gruß.

## Bekanntmachungen.

### Aufforderung!

Wer den Aufenthalt des Maurers Heinrich Sonntag aus Versterode, geboren am 15. Dezember 1889, weiß, wird dringend erucht, denselben zu senden an Rich. Schneider in Hannover, am Kanonenwall 16.

### Achtung!

Verbandspapiere und Gesellenbrief des Kollegen Jos. Spogahn aus Altenstein, Buch-Nr. 8427, sind hier gefunden. Zu beziehen von Wilh. Röß, Rheine, Karolinenstr. 5.

Als verloren wird gemeldet die Buch-Nr. 86456, lautend auf Konrad Kaiser von der Zahlstelle Rheda i. W.

### Sterbekäsel.

Am 14. Juli starb unser Kollege Aug. Hartmann infolge Lungenerkrankung.

Verwaltungsstelle Rheine.

Am 16. Juli starb unser langjähriger treuer Kollege Johann Hünemann im Alter von 34 Jahren an Brust- und Magenkrebs.

Zahlstelle Becklinghausen (Maurer).

Am 16. Juli starb unser Mitglied Anton Nünne nach dreijähriger Lungentrauerheit.

Zahlstelle Wiedenbrück i. W.

Am 21. Juli starb unser Mitglied Ulrich Wolf im Alter von 40 Jahren an Magenkrebs.

Zahlstelle Wittsbürg.

Ehre ihrem Andenken